Deutscher Bundestag
8. Wahlperiode

Drucksache 8/3158
07. 09. 79

Fragen

für die Sitzungswoche
des Deutschen Bundestages

vom 11. September 1979

Seite

Geschäftsbereich des Bundeskanzlers und des Bundeskanzleramtes . . 2
Geschäftsbereich des Bundesministers des Auswärtigen 2
Geschäftsbereich des Bundesministers des Innern 3
Geschäftsbereich des Bundesministers der Finanzen 7
Geschäftsbereich des Bundesministers für Wirtschaft 9
Geschäftsbereich des Bundesministers für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten 12
Geschäftsbereich des Bundesministers für Arbeit und Sozialordnung . 13
Geschäftsbereich des Bundesministers der Verteidigung 14
Geschäftsbereich des Bundesministers für Jugend, Familie und Gesundheit 15
Geschäftsbereich des Bundesministers für Verkehr und für das Post- und Fernmeldewesen 16
Geschäftsbereich des Bundesministers für Raumordnung, Bauwesen und Städtebau 20
Geschäftsbereich des Bundesministers für innerdeutsche Beziehungen . 21
Geschäftsbereich des Bundesministers für Forschung und Technologie . 22
Geschäftsbereich des Bundesministers für Bildung und Wissenschaft . 24

Buchdruckerei P. Meier GmbH, 5205 Sankt Augustin 1 - Buisdorf, Tel. (0 22 41) 6 10 71
Alleinvertrieb: Verlag Dr. Hans Heger, 5300 Bonn 2, Postfach 20 08 21
Bonn-Bad Godesberg, Herderstr. 56, Tel. (0 22 21) 36 35 51

Geschäftsbereich des Bundeskanzlers und des Bundeskanzleramtes

1. Abgeordneter **Dr. Mertes (Gerolstein)** (CDU/CSU)

Welche Besonderheiten kennzeichnen die Stellung des Ständigen Vertreters der DDR in Bonn und des Ständigen Vertreters der Bundesrepublik Deutschland in Ost-Berlin?

2. Abgeordneter **Dr. Mertes (Gerolstein)** (CDU/CSU)

Welche Besonderheiten kennzeichnen die Stellung der Leiter der beiden Ständigen Vertretungen und ihrer Mitarbeiter im Vergleich zur Stellung der Leiter der in Bonn und Ost-Berlin akkreditierten diplomatischen Vertretungen und ihrer Mitarbeiter?

Geschäftsbereich des Bundesministers des Auswärtigen

3. Abgeordneter **Milz** (CDU/CSU)

Trifft es zu, daß die Aufnahme vietnamesischer Flüchtlinge in der Bundesrepublik Deutschland sich dadurch so langsam vollzieht, weil deutsche Auslandsvertretungen in Südostasien und ebenso das Auswärtige Amt lange untätig geblieben sind und die organisatorische Abwicklung zu bürokratisch gehandhabt wird?

4. Abgeordneter **Milz** (CDU/CSU)

Ist die Bundesregierung bereit, die Luftwaffe und die Marine für die Rettungsaktionen vietnamesischer Flüchtlinge in der Weise zu beteiligen, wie dies bisher von der US- bzw. italienischen Marine beispielsweise in Form von mobilen Spitälern unternommen worden ist?

5. Abgeordneter **Dr. Mertes (Gerolstein)** (CDU/CSU)

Mit welchem Strafzweck begründet die niederländische Regierung die Tatsache, daß die beiden letzten deutschen Kriegsverurteilten in Breda, Franz Fischer, 77 Jahre alt, und Ferdy aus der Fünten, 69 Jahre alt, nicht begnadigt werden und nicht zu ihren Familien zurückkehren können, nachdem sich alle Bundespräsidenten, alle Bundesregierungen und die christlichen Kirchen unter Hinweis auf das Alter und den Gesundheitszustand dieser beiden Deutschen mit humanitären Erwägungen sowie unter Hinweis auf das Fehlen jedes sinnvollen Strafzwecks für die Freilassung dieser beiden Deutschen und des kürzlich verstorbenen Josef Kotalla, 71 Jahre, eingesetzt haben?

6. Abgeordneter **Dr. Mertes (Gerolstein)** (CDU/CSU)

Hat die Bundesregierung bei ihren Bemühungen um die Freilassung der noch inhaftierten deutschen Kriegsverurteilten auch das Argument vorgetragen, daß die Erniedrigung eines Einzelmenschen – auch die eines Strafgefangenen, der wegen schwerer Delikte verurteilt wurde – zur Symbolfigur eines unmenschlichen Systems und einer totalitären Kriegsführung mit der von den rechtsstaatlichen Demokratien geschützten Würde des Menschen nicht vereinbar ist?

7. Abgeordneter **Seefeld** (SPD)

Wann ist mit dem Abschluß einer Vereinbarung zwischen den Regierungen der Schweiz, Frankreichs und der Bundesrepublik Deutschland über grenzüberschreitende Hilfeleistung, die auch den Einsatz von Rettungshubschraubern betrifft, zu rechnen, und welche eventuellen Schwierigkeiten stehen einem baldigen Abschluß entgegen?

8. Abgeordneter **Picard** (CDU/CSU)

Hat der Bundesaußenminister auf seiner jüngsten Nahostreise Erkenntnisse darüber gewonnen, daß die PLO das sogenannte Palästinensiche Nationalabkommen aufzugeben bereit ist, und wenn ja, unter welchen Bedingungen?

9. Abgeordneter **Picard** (CDU/CSU)

Sieht die Bundesregierung eine Möglichkeit, bei Bestehen des „Palästinensichen Nationalabkommens", nach dem der Staat Israel beseitigt werden soll, zu einer friedlichen Lösung des Nahostkonflikts?

10. Abgeordneter **Picard** (CDU/CSU)

Hat die Bundesregierung offiziell oder inoffiziell die PLO zur Aufgabe oder wenigstens Modifizierung des „Palästinensischen Nationalabkommens" zu bewegen versucht, und wenn ja, mit welchem Erfolg?

11. Abgeordneter **Picard** (CDU/CSU)

Ist die Bundesregierung davon überzeugt, mit Erfolg als Vermittler im Nahostkonflikt tätig werden zu können oder schon tätig geworden zu sein, und worauf gründet sich diese Überzeugung, falls Frage 10 verneint wird?

12. Abgeordneter **Gansel** (SPD)

Aus welchen Gründen und zu welchem Zweck beabsichtigt der Bundesaußenminister, in der kommenden Woche den chilenischen Außenminister in Bonn zu empfangen?

13. Abgeordneter **Ey** (CDU/CSU)

Hat die Volksrepublik Ungarn der Bundesrepublik Deutschland Verhandlungen über die Einführung visafreien Reiseverkehrs zwischen beiden Staaten angeboten, und wie steht die Bundesregierung zu dieser Verbesserung im Ost-West-Reiseverkehr?

Geschäftsbereich des Bundesministers des Innern

14. Abgeordneter **Gerstein** (CDU/CSU)

Zieht die Bundesregierung in ihre Überlegungen, welche sicherheitspolitischen Konsequenzen im Bereich der Kernkraftwerkssicherheit aus der Meldung in den „Vertraulichen Mitteilungen" von Artur Missbach vom 23. Juli 1979 zu ziehen sind, mit ein, daß danach der Defekt im US-Kernkraftwerk Harrisburg auf Sabotage zurückzuführen ist?

15. Abgeordneter **Sauer (Salzgitter)** (CDU/CSU)

Was hat die Bundesregierung unter Bezugnahme auf meine Fragen B 4 und 5 (Drucksache 7/5263) für die Fragestunden am 2./3. Juni 1976 und unter Hinweis auf ihre Zusage, um die Durchsetzung der berechtigten Ansprüche der durch das Fischsterben in Leine, Jetzel und Oker im Jahr 1974 Geschädigten bemüht zu bleiben, in ihren Verhandlungen mit der DDR erreicht, und wie hoch sind die von der DDR geleisteten Entschädigungen?

16. Abgeordneter **Seefeld** (SPD)

Warum ist das Abkommen zwischen der Bundesrepublik Deutschland und Frankreich über gegenseitige Hilfeleistung bei Katastrophen oder schweren Unglücksfällen vom 3. Februar 1977 noch nicht ratifiziert?

17. Abgeordneter **Dr. Spöri** (SPD)

Prüft die Bundesregierung in Abstimmung mit den Bundesländern ein bundesweites Verarbeitungsverbot für thalliumhaltiges Eisenoxyd bei der Zementproduktion angesichts der in Nordrhein-Westfalen bei Lengerich aufgetretenen Vergiftungserscheinungen und angesichts der bisher in Baden-Württemberg bekanntgewordenen Verarbeitung dieses Stoffs bei der Zementherstellung auch in Lauffen am Neckar, Leimen bei Heidelberg, Blaubeuren, Schelklingen sowie Mergelstetten?

18. Abgeordneter **Dr. Spöri** (SPD)

Kann nach Auffassung der Bundesregierung ein drittes zentrales Zwischenlager für die Entsorgung der Kernkraftwerke Süddeutschlands durch die vom baden-württembergischen Ministerpräsidenten Späth ersatzweise angebotene Kompaktlagerung innerhalb der Kernkraftwerke ersetzt werden, und wenn ja, wie wird die Bundesregierung auf das Angebot reagieren?

19. Abgeordneter **Schäfer (Offenburg)** (SPD)

An welchen Reaktordruckbehältern sind bisher in der Bundesrepublik Deutschland kalte Wiederholungswasserdruckproben durchgeführt worden?

20. Abgeordneter **Schäfer (Offenburg)** (SPD)

Wann und mit welchen Betriebsparametern (Druck und Temperatur) und mit welchen Ergebnissen sind diese Wasserdruckproben durchgeführt worden?

21. Abgeordneter **Schäfer (Offenburg)** (SPD)

Ist der Bundesregierung bekannt, für welche Reaktorstandorte und gegebenenfalls seit wann die zuständigen örtlichen Behörden über Katastrophenschutzpläne und Evakuierungspläne gemäß den Rahmenempfehlungen für den Katastrophenschutz in der Umgebung kerntechnischer Anlagen" (Gemeinsames Ministerialbaltt 1977, Nr. 31, Seiten 638 bis 718) verfügen?

22. Abgeordneter **Niegel** (CDU/CSU)

Ist die Bundesregierung nach der Wiedereinführung des Flaschenpfands beim Bierverkauf bereit, in ähnlicher Form beim Verkauf von Brennspiritus und anderen Erzeugnissen die Einführung von Mehrwegflaschen wieder zu forcieren?

23. Abgeordneter **Dr. Jenninger** (CDU/CSU)

Beabsichtigt der Bundesinnenminister – wie der Presse zu entnehmen war –, wieder Pfandflaschen als Milchverpackung einzuführen, um so den Anfall von Hausmüll zu verringern, obwohl der Anteil der Einwegpackungen für Mich weniger als 0,5 v. H. des gesamten Hausmülls ausmacht?

24. Abgeordneter **Dr. Jenninger** (CDU/CSU)

Ist der Bundesregierung bekannt, daß diese Pläne u. a. wegen des enormen finanziellen Mehraufwands (höherer Personaleinsatz, Lagererweiterungen, neue Verpackungsstraßen und Waschanlagen) aus hygienischen Erwägungen und wegen der Probleme des Rücktransports von Molkereien und Handel strikt abgelehnt werden?

25. Abgeordneter **Dr. Hennig** (CDU/CSU)

Wann wird die Bundesregierung über die im Fluglärmbericht vom 7. November 1978 erneut angekündigte Novelle zum Fluglärmgesetz Beschluß fassen, und ist sie bereit, dies so rechtzeitig zu tun, daß das verbesserte Gesetz noch in dieser Legislaturperiode des Bundestags verabschiedet werden kann?

26. Abgeordneter **Dr. Hennig** (CDU/CSU)

Teilt die Bundesregierung die Auffassung, daß die Festsetzung der neuen Lärmschutzbereiche für den NATO-Flugplatz Gütersloh wegen des dort nun schon seit langem stationierten neuen Flugzeugtyps „Harrier" dringend erforderlich ist, und wann wird die Festsetzung abgeschlossen sein?

27. Abgeordneter **Becker (Nienberge)** (SPD)

Beabsichtigt die Bundesregierung angesichts der bei der Zementproduktion in Lengerich (Nordrhein-Westfalen) aufgetretenen Vergiftungserscheinungen ein Verarbeitungsverbot für thalliumhaltiges Eisenoxyd?

28. Abgeordneter **Becker (Nienberge)** (SPD)

Ist die Bundesregierung rechtlich und tatsächlich in der Lage, der durch die Vergiftungserscheinungen an Tieren und Pflanzen betroffenen Bevölkerung – möglicherweise in Verbindung mit dem Land Nordrhein-Westfalen – zu helfen?

29. Abgeordnete **Frau Dr. Hartenstein** (SPD)

Liegen Nachweise darüber vor, daß die Industrie die vor zwei Jahren mit dem Bundesinnenminister getroffene Vereinbarung, wonach die Verwendung von Fluorkohlenwasserstoffen in Spraydosen bis 1979 um 30 v. H. gesenkt werden soll, erfüllt hat?

30. Abgeordnete **Frau Dr. Hartenstein** (SPD)

Was gedenkt die Bundesregierung zu tun, um die Reduzierung der in der Aerosol-Industrie verwendeten Fluorkohlenwasserstoffe stärker zu beschleunigen, nachdem der im Dezember 1978 veranstaltete Fachkongreß in München die Gefahr des Abbaus der Ozonschicht durch Fluorkohlenwasserstoff eindeutig festgestellt und sich einstimmig für eine beträchtliche Minderung der Emissionen ausgesprochen hat?

31. Abgeordneter **Immer (Altenkirchen)** (SPD)

Wie beurteilt die Bundesregierung die Effizenz von Müllverbrennungsanlagen gegenüber dem Deponierungsverfahren, und sieht sie bei positiver Beurteilung eine Möglichkeit, eine Kombination von Müllverbrennungsanlagen und Kohlekraftwerken zu fördern?

32. Abgeordneter **Immer (Altenkirchen)** (SPD)

Sind der Bundesregierung die Erfahrungen anderer europäischer Länder mit der Erhebung einer Entsorgungsabgabe bei Einwegflaschen (Niederlande) bzw. der Einrichtung eines Recycling-Service für Einwegflaschen bei größeren Kaufhäusern (Österreich) bekannt, und wenn ja, wie bewertet sie diese Erfahrungen?

33. Abgeordneter **Immer (Altenkirchen)** (SPD)

Inwieweit gedenkt die Bundesregierung die Erhebung einer Entsorgungsabgabe bei Einwegflaschen, -behältern sowie nicht abbaufähigen Plastikbeuteln oder -taschen einzuführen, damit die Wiederverwendung von Flaschen oder die Entwicklung abbaufähiger Verpackungen gefördert wird?

34. Abgeordnete **Frau Dr. Lepsius** (SPD)	Wie hoch ist die Gesamtzahl der nach den Beihilfevorschriften des Bundes z. Z. beihilfeberechtigten Bundesbeamten (außer Deutscher Bundesbahn und Deutscher Bundespost) und Richter sowie deren Familienangehörige und die Zahl der beihilfeberechtigten Familienangehörigen von Soldaten?
35. Abgeordnete **Frau Dr. Lepsius** (SPD)	Wie viele davon haben – unterteilt nach Altersgruppen bis zu 25 Jahre, bis zu 35 Jahren und 36 Jahren und älter – keinen Krankenversicherungsschutz getroffen?
36. Abgeordnete **Frau Dr. Lepsius** (SPD)	Wie viele davon gehören einer privaten Krankenversicherung an oder sind freiwillig in der gesetzlichen Krankenversicherung – unterteilt nach Ersatzkassen und RVO-Kassen – versichert?
37. Abgeordnete **Frau Dr. Lepsius** (SPD)	Woraus ergeben sich diese Zahlen?
38. Abgeordneter **Spranger** (CDU/CSU)	Wird das geltende Waffengesetz, insbesondere in den §§ 6 und 39 von der Bundesregierung dahin gehend interpretiert, daß staatliche Waffenträger der Bundesrepublik Deutschland wie Polizeibeamte im Bundesdienst und Bundeswehroffiziere grundsätzlich an Fortbildungsveranstaltungen für Verteidigungsschießen zur Verbesserung ihrer Schießausbildung auch dann nicht teilnehmen dürfen, wenn sie auf eigene Kosten in ihrer Freizeit ihre Ausbildung verbessern wollen, oder welche Gründe wären es im einzelnen, die der grundsätzlichen Genehmigung zur Teilnahme an Ausbildungsveranstaltungen für Verteidigungsschießen entgegenstehen?
39. Abgeordneter **Biechele** (CDU/CSU)	Kann durch die derzeitige Bewirtschaftung des Waldes in der Bundesrepublik Deutschland sichergestellt werden, daß der Wald seine für die Güte der Umwelt entscheidenden ökologischen Funktionen optimal erfüllen kann, und welche Maßnahmen sind nach Meinung der Bundesregierung im Verantwortungsbereich des Bundes gegebenenfalls erforderlich, um dieses Ziel zu erreichen?
40. Abgeordneter **Conradi** (SPD)	Überprüft der Verfassungsschutz nur die Betriebsräte von Großunternehmen, oder werden auch die Aufsichtsräte dieser Großunternehmen überprüft?
41. Abgeordneter **Conradi** (SPD)	Überprüft der Verfassungsschutz auch die Personalräte im öffentlichen Dienst?
42. Abgeordneter Wüster (SPD)	Mit welchen Maßnahmen und Förderungen unterstützt der Bund den aktiven und passiven Radsport?
43. Abgeordneter **Ey** (CDU/CSU)	Wird die Bundesregierung zur Risikoverminderung im Bereich der Trinkwasserversorgung und des allgemeinen Gewässerschutzes in bestimmten Flußabschnitten (z. B. Ballungsraum Rhein-Main-Gebiet) von den Großeinleitern auf freiwilliger Basis einzurichtende Frühwarnsysteme anregen, um Schäden in und an den Gewässern möglichst gering zu halten und zeitlichen Handlungsspielraum bei Störfällen für die Wasserversorgung zu gewinnen?

Geschäftsbereich des Bundesministers der Finanzen

44. Abgeordneter **Berger (Herne)** (CDU/CSU)

Welche besonderen Fachkenntnisse hat der jetzt zum Leiter der Unterabteilung V A des Bundesfinanzministeriums – Finanzbeziehungen zu den Ländern und Gemeinden – bestellte Beamte in seiner bisherigen Berufstätigkeit (in welcher und wie lange) im Hinblick auf die in der Unterabteilung V A wahrzunehmenden Aufgaben erworben?

45. Abgeordneter **Berger (Herne)** (CDU/CSU)

Wie viele Referenten gibt es im Bundesfinanzministerium, die erstens älter als der jetzige Unterabteilungsleiter V A, zweitens länger als er im Bundesfinanzministerium und in der Finanzverwaltung tätig sind, drittens mit Aufgaben betraut waren, die entweder in der Abteilung V direkt oder in Aufgabenbereichen wahrgenommen wurden, die in einem fachlichen Zusammenhang mit den Aufgaben der Abteilung V stehen?

46. Abgeordneter **Berger (Herne)** (CDU/CSU)

Weshalb ist aus dem Kreis dieser Beamten nicht der Unterabteilungsleiter V A bestellt worden?

47. Abgeordneter **Merker** (FDP)

Ist die Bundesregierung bereit, darauf hinzuwirken, daß auch auf deutschen Banknoten, ähnlich wie in Holland und in Frankreich, eine für Blinde „lesbare" Markierung angebracht wird?

48. Abgeordneter **Sauter (Epfendorf)** (CDU/CSU)

Wie hoch sind die Mehreinnahmen des Bundes aus der Erhöhung der Heizöl- und Mineralölsteuer?

49. Abgeordneter **Dr. Blüm** (CDU/CSU)

Wie steht die Bundesregierung zu dem Vorschlag, im Hinblick auf einen familiengerechten und kinderfreundlichen Wohnungsbau für jedes Kind eine Grundsteuerbefreiung für zwei oder mehr Jahre zu gewähren?

50. Abgeordneter **Dr. Blüm** (CDU/CSU)

Kann der dann zu erwartende Steuerausfall beziffert werden?

51. Abgeordneter **Dr. Blüm** (CDU/CSU)

Kann die Zahl der begünstigten Familien ermittelt werden?

52. Abgeordneter **Dr. Schwencke (Nienburg)** (SPD)

In welchem Umfang haben sich Steuermindereinnahmen seit der Ausweitung des § 7 b des Einkommensteuergesetzes auch für den Erwerb von Altbauten ergeben?

53. Abgeordneter **Dr. Schwencke (Nienburg)** (SPD)

In welcher realen und prozentualen Relation stehen die 7 b Steuerabschreibungen für Alt- und Neubauten?

54. Abgeordneter **Dr. Schwencke (Nienburg)** (SPD)

Wie erklärt sich die Bundesregierung die wachsende Zunahme des 7 b Abschreibevolumens und ihre Konzentration auf immer kleinere Einkommensgruppen?

55. Abgeordneter **Krockert** (SPD)

Ist die Bundesregierung bereit, aus städtebaulichen Gründen die Ende des Jahrs auslaufende Regelung der Steuervergünstigung von Modernisierungs- und Energiesparmaßnahmen in Sanierungsgebieten oder städtebaulichen Entwicklungsbereichen (§ 82g EStDV) zu verlängern, und wann ist mit einer Entscheidung der Bundesregierung zu rechnen?

56. Abgeordneter **Thüsing** (SPD)

Ist die Bundesregierung – falls die neue nicaraguanische Regierung den Verpflichtungen nicht nachkommen kann, denen sie sich nun gegenüber sieht – bereit, entweder auf die Rückzahlung der nicaraguanischen Schulden gegenüber der Bundesrepublik Deutschland zu verzichten oder an einer internationalen Umschuldungsaktion mitzuwirken?

57. Abgeordneter **Thüsing** (SPD)

Ist die Bundesregierung in der Lage und bereit, Nicaragua bei der Rückzahlung der privaten Schulden zu unterstützen, die während der Amtszeit des Diktators Somoza angelaufen sind?

58. Abgeordneter **Thüsing** (SPD)

Wie groß war der durch Hermes-Kredite abgesicherte Anteil deutscher Exporte nach Nicaragua, und kann die Bundesregierung hier ihre Garantieverpflichtungen übernehmen?

59. Abgeordenter **Schreiber** (SPD)

Durch welche Programme des Bundes wird das Bergische Land unterstützt, und wie hoch belaufen sich im einzelnen die finanziellen Aufwendungen, die im Rahmen dieser Programme gemacht werden?

60. Abgeordneter **Dr. Spöri** (SPD)

Beabsichtigt die Bundesregierung angesichts bekannt gewordener Fälle von Steuerhinterziehung bei der Abrechnung für aufgestellte Spielautomaten und Musikboxen, den Einbau von plombierten Münzzählwerken gesetzlich vorzuschreiben, um die bisher weit verbreitete „Schwarzgeldpraxis" beim Inkasso zu verhindern?

61. Abgeordneter **Rapp** (SPD)

Hält die Bundesregierung die Sorge der deutschen Exportwirtschaft für gerechtfertigt, das vorgesehene neue Verfahren der Zollkontrolle bei Ursprungswaren (Lieferungen in Länder, mit denen die Europäische Gemeinschaft Abkommen über Zoll- und andere Vergünstigungen abgeschlossen hat) sei für die Unternehmen zu arbeits- und kostenaufwendig und würde – lediglich den deutschen Exporteuren auferlegt – zu Wettbewerbsnachteilen führen, und wenn ja, welche Folgerungen zieht sie daraus?

62. Abgeordneter **Rapp** (SPD)

Welche Ergebnisse – eventuell auch anderweitigen Verfahrensvorschläge – zeitigten die Bemühungen, die wirksamere Durchsetzung der Ursprungsbestimmungen in der Europäischen Gemeinschaft einheitlich zu regeln?

63. Abgeordnete **Frau Steinhauer** (SPD)

Beabsichtigt die Bundesregierung, Personen, die auf Einhaltung einer besonderen Diät angewiesen sind, im Rahmen ihrer Gesundheits- und Sozialpolitik finanzielle Hilfen oder Steuererleichterungen zu gewähren, und liegen ihr eventuell Schätzungen über die Größe dieses Personenkreises vor?

64. Abgeordneter **Dr. Hennig** (CDU/CSU)

Beabsichtigt die Bundesregierung, bei der Deutschen Bundesbank den Druck von Geldscheinen mit einer besonderen Kennzeichnung anzuregen, die – wie dies in Holland und Frankreich bereits der Fall ist – blinden Mitbürgern das Umgehen mit diesen Scheinen erleichtern?

65. Abgeordneter **Schartz (Trier)** (CDU/CSU)

Ist die Bundesregierung bereit, zur Sicherung der Existenz der deutschen Winzer auf die Sektsteuer ganz oder teilweise dann zu verzichten, wenn überwiegend deutsche Weine in den in Deutschland hergestellten Sekten (Schaumweinen) verwandt werden?

66. Abgeordneter **Schröder (Lüneburg)** (CDU/CSU)

Welche fachlichen und sachlichen Gesichtspunkte spielten bei der Kandidatenauswahl des Bundesfinanzministers für eine Vorstandsposition bei der Deutschen Pfandbriefanstalt eine Rolle?

67. Abgeordneter **Dr. Kreile** (CDU/CSU)

Hat der Bundesfinanzminister – wie in der Rhein-Sieg-Rundschau Nr. 200/79 wiedergegeben – erklärt, er wisse, wie man mit Beamten umzugehen habe, und wenn ja, hält die Bundesregierung diese Äußerung für angebracht, wenn sowohl in dem Schreiben des Personalrates des Bundesfinanzministeriums vom 23. Juli 1979 als auch in dem Schreiben des Verbands der Beamten der obersten Bundesbehörden e. V. Fachgruppe BMF vom 9. August 1979, beide an den Bundesfinanzminister Matthöfer gerichtet, die Unzufriedenheit der Beamten des Bundesfinanzministeriums über eine offensichtliche Bevorzugung von SPD-Mitgliedern bei der Matthöferschen Personalpolitik unzweideutig zum Ausdruck kommt?

Geschäftsbereich des Bundesministers für Wirtschaft

68. Abgeordneter **Dr. von Aerssen** (CDU/CSU)

Wann wird – nachdem Brasilien, Japan, Frankreich und Spanien im vergangenen Jahr ihre Exporte nach Chile bis zu 70 v. H. steigerten und der Wert des deutschen Exports nach Chile bei einer Steigerung des Gesamtimportwerts Chiles um mehr als 22. v. H. lediglich um 1,7 v. H. zunahm – die für den Marktanteil der deutschen Exportindustrie in Chile bedrohliche prohibitive Hermes-Limitierung auf den Betrag von 2,5 Millionen DM aufgehoben?

69. Abgeordneter **Dr. Zimmermann** (CDU/CSU)

Trifft es zu, daß die EG-Kommission gegen das Filmförderungsgesetz Einwände erhoben hat, und wenn ja, wie wurden diese Einwände begründet?

70. Abgeordneter **Dr. Zimmermann** (CDU/CSU)

Welche Konsequenzen beabsichtigt die Bundesregierung gegebenenfalls aus den Einwänden der EG-Kommission gegen das Filmförderungsgesetz zu ziehen, und ist die Bundesregierung bereit, das Filmförderungsgesetz nunmehr auch unter Berücksichtigung der Bedenken aus Kreisen der Filmwirtschaft zu novellieren?

71. Abgeordnete **Sauter (Epfendorf)** (CDU/CSU)

Welches sind nach Auffassung der Bundesregierung außer der Verteuerung des Öls die Gründe für den derzeitigen starken Preisanstieg?

72. Abgeordneter **Sauter (Epfendorf)** (CDU/CSU)

Beabsichtigt die Bundesregierung, Gegenmaßnahmen zu ergreifen, falls sich die inflationären Tendenzen fortsetzen sollten und gegebenenfalls welche?

73. Abgeordneter **Wohlrabe** (CDU/CSU)

Trifft es zu, daß – wie die Presse meldet – deutsche Filmtheaterbesitzer wegen angeblicher Verfassungswidrigkeit des gerade verabschiedeten Filmförderungsgesetzes keine Zahlungen an die Filmförderungsanstalt leisten, und wie hoch wird gegebenenfalls der Ausfall dadurch sein?

74.	Abgeordneter **Wohlrabe** (CDU/CSU)	Kann die Bundesregierung bestätigen, daß die Kommission der Europäischen Gemeinschaften Einspruch gegen das Filmförderungsgesetz eingelegt hat, und wie gedenkt die Bundesregierung diesen Einspruch zu beseitigen?
75.	Abgeordnete **Frau Krone-Appuhn** (CDU/CSU)	Ist der Bundesregierung bekannt, daß die deutsche Luft- und Raumfahrtindustrie vom Import von Titanschwamm aus dem Ausland abhängig ist und angesichts der Einstellung sowjetischer Lieferungen und der Verteuerungen japanischer Lieferungen die Fertigstellung zukünftiger Waffensysteme infrage gestellt ist, und ist die Bundesregierung bereit, sich dafür einzusetzen, daß gemeinsam mit den europäischen Bündnispartnern sofort die Errichtung einer Titanschwammaufbereitungsanlage in Angriff genommen wird?
76.	Abgeordneter **Dr. Schwörer** (CDU/CSU)	Wie erklärt sich die Bundesregierung den Rückgang des deutschen Exportüberschusses, den das Statistische Bundesamt in diesen Tagen für Juli und für das ganze erste Halbjahr 1979 festgesellt hat, und kann die Bundesregierung darüber Auskunft geben, welchen Anteil die Ölverteuerung hat und welchen Anteil sonstige Faktoren daran haben?
77.	Abgeordneter **Dr. Schwörer** (CDU/CSU)	Teilt die Bundesregierung die Auffassung, daß das rechnerische Exportplus von 3 v. H. im Juli 1979 in Wirklichkeit eine Schrumpfung des Exports ist, nachdem die Industriepreise im gleichen Monat um 5 v. H. angestiegen sind?
78.	Abgeordneter **Dr. Schwörer** (CDU/CSU)	Was gedenkt die Bundesregierung angesicht der Tatsache, daß der Export einer der wichtigsten Konjunkturstützen ist, zu tun, um ein Abgleiten in eine neue Rezession zu verhindern, und geht sie bei ihren Überlegungen davon aus, daß eine neue Rezession sicher dann kommen wird, wenn auch andere Träger der Konjunktur, wie z. B. Autoindustrie und Bauindustrie 1980 zurückgehen, wie es von wichtigen Wirtschaftsforschungsinstituten in diesen Tagen vorausgesagt wird?
79.	Abgeordneter **Dr. Schäuble** (CDU/CSU)	Welches ist der Stand von Überlegungen, bei der Kraftfahrzeughaftpflichtversicherung die jährliche Fahrleistung als Risikomerkmal bei der Tarifgestaltung mit zu berücksichtigen?
80.	Abgeordneter **Dr. Schäuble** (CDU/CSU)	Wie soll gegebenenfalls die jährliche Fahrleistung des einzelnen Versicherungsnehmers festgestellt und wie soll der Erfahrungstatsache Rechnung getragen werden, daß bei geringerer Fahrpraxis des einzelnen Versicherungsnehmers ein höherer Risikofaktor anzusetzen ist?
81.	Abgeordneter **Dr. Spöri** (SPD)	Wie hoch waren die Zuwachsraten bei Primärenergieverbrauch, Ölimport und Ölverbrauch in der Bundesrepublik Deutschland im ersten Halbjahr 1979 im Vergleich zum entsprechenden Zeitraum des Vorjahrs, und inwieweit läßt sich diese Entwicklung mit den im Rahmen der internationalen Energieagentur und auf der Tokioer Gipfelkonferenz getroffenen Vereinbarungen zur Beschränkung des Energieverbrauchs in Einklang bringen?

82. Abgeordneter **Hoffmann (Saarbrücken)** (SPD)

Teilt die Bundesregierung die Auffassung, daß es für strukturschwache Regionen mit Arbeitsmarktproblemen hilfreich wäre, das Instrumentarium im Rahmen der Gemeinschaftsaufgabe „Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur" dahin gehend zu verändern, daß nicht mehr die Investitionshöhe einer Maßnahme sondern die Löhne und Gehälter als Bemessungsgrundlage für staatliche Zuschüsse zu Grunde gelegt werden, und wenn ja, wird sie entsprechende Folgerungen ziehen?

83. Abgeordneter **Dr. Steger** (SPD)

Wie ist 1979 der Mittelabfluß für die Fördermaßnahme „Zuschüsse an Klein- und Mittelunternehmen des produzierenden Gewerbes zu Aufwendungen für das in Forschung und Entwicklung tätige Personal" gewesen, und wie schätzt die Bundesregierung die künftige Entwicklung, inbesondere den Finanzbedarf für 1980, ein?

84. Abgeordneter **Bindig** (SPD)

Ist der Bundesregierung bekannt, daß die Käufer von Motoröl mit Qualitätsbezeichnungen konfrontiert werden, die für den Laien unverständlich sind (vgl. Süddeutsche Zeitung vom 31. August 1979), und welche Folgerungen zieht die Bundesregierung daraus mit Rücksicht auf die Wahrscheinlichkeit, daß die Verbraucher – aus Unsicherheit darüber ein qualifiziertes Motoröl für ihr Auto zu erstehen, die der Unkenntnis der Qualitätsbezeichnungen entspringt – die weitaus billigeren Angebote in Supermärkten oder Warenhäusern auslassen und dafür bei Tankstellen, Werkstätten – auf deren Fachkenntnis vertrauend – teureres aber gleich gutes Öl kaufen?

85. Abgeordneter **Bindig** (SPD)

Welche Möglichkeiten sieht die Bundesregierung zu veranlassen, daß die Qualitätsbezeichnungen für Motoröl für den Käufer verständlich und damit verbraucherfreundlich gestaltet werden, um ihnen die Möglichkeit zu geben, angesichts der steigenden Preise, billiges Qualitätsmotoröl zu kaufen?

86. Abgeordneter **Bindig** (SPD)

Ist der Bundesregierung bekannt, daß (wie die Süddeutsche Zeitung am 31. August 1979 meldete) ein Motoröl mit dem Namen „Four-Seasons-Öl" der Firma Shell auf dem deutschen Markt ist, welches für den englischen Markt konzipiert wurde, aber den harten Beanspruchungen des Motors bei Dauervollgasfahrten auf den deutschen Autobahnen nicht standhält, und was gedenkt die Bundesregierung zum Schutze der Verbraucher vor unqualifizierten Motorölen zu tun?

87. Abgeordneter **Gansel** (SPD)

Trifft es zu, daß der Bundeswirtschaftsminister von Aufsichtsratsmitgliedern mitbestimmter Rüstungsunternehmen erwartet, daß diese sich einer Sicherheitsüberprüfung unterziehen, und wenn ja, auf welcher gesetzlichen Grundlage?

88. Abgeordneter **Gansel** (SPD)

Welche Folgen ergeben sich für die Aufsichtsratsmitglieder oder das Unternehmen, wenn eine Sicherheitsüberprüfung verweigert oder zu amtlichen Bedenken führt?

Geschäftsbereich des Bundesministers für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten

89. Abgeordneter **Paintner** (FDP)	Ist der Bundesregierung bekannt, wie hoch die Nahrungsmittelhilfe, ausgedrückt in Produktmenge und Geldwert ist, die die EG insgesamt jährlich leistet und wie hoch der Anteil der Bundesrepublik Deutschland ist, und in welchem Maß werden auch nichtstaatlichen Hilfsorganisationen Nahrungsmittel zu Hilfszwecken zur Verfügung gestellt?
90. Abgeordneter **Seiters** (CDU/CSU)	Welche zusätzlichen Maßnahmen gedenkt die Bundesregierung kurzfristig zu ergreifen, um angesichts der Heizölverteuerung und der ungleichen Wettbewerbsbedingungen gegenüber den Niederlanden dem deutschen Unterglasbau zu helfen, und ihn vor drohenden Betriebsschließungen zu bewahren?
91. Abgeordneter **Seiters** (CDU/CSU)	Wie beurteilt die Bundesregierung die Situation im einzelnen?
92. Abgeordneter **Dr. Meyer zu Bentrup** (CDU/CSU)	Wird die Bundesregierung der Aufforderung folgen, die im Bereich der Käfighennenhaltung nach unterschiedlichen Gerichtsurteilen entstandene Rechtsunsicherheit durch Erlaß einer Rechtsverordnung zum Tierschutzgesetz zu beseitigen, oder welche anderen Möglichkeiten sieht sie, auch angesichts der Tatsache, daß neue wissenschaftliche Erkenntnisse über artgerechte Haltungsformen mittelfristig offenbar nicht vorliegen werden, die Betriebe zukünftig vor Prozeßkampagnen zu bewahren?
93. Abgeordneter **Dr. von Geldern** (CDU/CSU)	Was gedenkt die Bundesregierung zu tun, um eine Sicherstellung der Versorgung der Seefischereibetriebe mit Gasöl zu stabilen Preisen zu gewährleisten?
94. Abgeordneter **Dr. von Geldern** (CDU/CSU)	Denkt die Bundesregierung daran, einen finanziellen Ausgleich für die Kostenerhöhungen zu gewähren, die die deutsche Kutterfischerei und die deutsche Hochseefischerei durch eine Anpassung der Erzeugerpreise für Seefisch nicht abdecken können, nachdem im ersten Halbjahr 1979 eine rasante Entwicklung der Gasölpreise nach oben eingetreten ist?
95. Abgeordneter **Kirschner** (SPD)	Wie hoch liegt das gesamte in der Bundesrepublik Deutschland erzielte landwirtschaftliche Reineinkommen (Gewinn)?
96. Abgeordneter **Kirschner** (SPD)	Wieviel der 168 700 landwirtschaftlichen Betriebe, die nach Angaben des Bundeslandwirtschaftsministers Ertl etwa 3/4 des gesamten in der Bundesrepublik Deutschland erzielten Reineinkommens (Gewinn) im Wirtschaftsjahr 1977/78 erzielt haben (vgl. Antwort des Bundesministers vom 25. Juli 1979), erwirtschafteten weniger als 36 000 DM Reineinkommen (Gewinn) jährlich, und wie hoch ist das Gesamtreineinkommen (Gewinn), den diese Betriebe dann erwirtschaften?

97. Abgeordneter **Schartz (Trier)** (CDU/CSU)

Teilt die Bundesregierung die Auffassung, daß der Absatz von Sektgrundwein für den Deutschen Weinbau von existentieller Bedeutung ist, und welche Folgerungen gedenkt sie gegebenenfalls zu ziehen, falls Informationen zutreffen, nach denen zur Zeit weniger als 10 v. H. der in Deutschland verarbeiteten Sektgrundweine deutschen Ursprungs sind?

Geschäftsbereich des Bundesministers für Arbeit und Sozialordnung

98. Abgeordneter **Pohlmann** (CDU/CSU)

Welcher Rechtsnatur ist die von der Bundesregierung geplante Künstersozialabgabe?

99. Abgeordneter **Kroll-Schlüter** (CDU/CSU)

Warum hat die Bundesregierung noch kein generelles Hypothyreose-Screening eingeführt?

100. Abgeordneter **Gerstein (CDU/CSU)**

Hat die Bundesregierung eine Weisung gegeben, auf deren Grundlage die Einbeziehung der Gebiete Altlünen, Selm, Schwerte, Holzen, Lichtendorf und Buchholz in die Förderung nach ihrem arbeitsmarktpolitischen Programm für Regionen mit besonderen Beschäftigungsproblemen von der Bundesanstalt für Arbeit abgelehnt worden ist, obwohl die erwähnten Räume durch ihre Zugehörigkeit zu den Städten Dortmund und Lünen so in die Dortmunder Arbeitsmarktregionen eingeflochten sind, daß ihr Herausnehmen aus dem 500 Millionen-Programm nach Angaben des zuständigen Arbeitsamts zu grotesken Situationen führen wird, und wenn ja, welche Gründe haben die Bundesregierung zu dieser Weisung veranlaßt?

101. Abgeordneter **Gerstein** (CDU/CSU)

Ist die Bundesregierung gegebenenfalls bereit, ihre Weisung auch unter Berücksichtigung der Tatsache zu überprüfen, daß das Arbeitsamt Dortmund einer Weisung des Landesarbeitsamts Nordrhein-Westfalen vom Juli folgend an die Firmen und Verwaltungen in den angesprochenen Gebieten herangetreten ist, sie über Förderungshilfen eingehend informiert und dringend anempfohlen hat, Anträge zu stellen, was in Höhe von 3 Millionen DM inzwischen auch geschehen ist?

102. Abgeordnete **Frau Steinhauer** (SPD)

Welche Erfahrungen hat die Bundesregierung bisher mit dem neuen arbeitsmarktpolitischen Programm für Problemregionen gemacht?

103. Abgeordnete **Frau Steinhauer** (SPD)

Wird die Bundesregierung sicherstellen, daß die mit dem Programm gewonnenen Erfahrungen zur Fortentwicklung der Arbeitsmarktpolitik genutzt werden?

104. Abgeordnete **Frau Steinhauer** (SPD)

Kann die Bundesregierung Aussagen zu arbeitsmarktpolitischen Ergebnissen der Förderung von Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen machen?

105. Abgeordneter **Hoffmann (Saarbrücken)** (SPD)

Erwägt die Bundesregierung angesichts der Tatsache, daß die Zahl der arbeitslosen Schwerbehinderten auf über 60 000 angewachsen ist, eine Erhöhung der Pflichtquote zur Beschäftigung von Schwerbehinderten und eine Verschärfung der Ausgleichsabgabe bei Nichteinhaltung dieser Quote?

106. Abgeordneter **Urbaniak** (SPD)

Sieht die Bundesregierung eine Möglichkeit, Familienangehörigen ausländischer Arbeitnehmer den Arbeitsmarktzugang durch eine Verkürzung der Wartezeiten weiter zu erleichtern?

107. Abgeordneter **Urbaniak** (SPD)

Welche Anstrengungen unternimmt die Bundesregierung, um das Angebot an Sprachkursen für ausländische Arbeitnehmer qualitativ zu verbessern?

108. Abgeordneter **Urbaniak** (SPD)

Sieht die Bundesregierung Möglichkeiten eines stärkeren Ausbaus der berufsvorbereitenden Maßnahmen der Bundesanstalt für Arbeit für ausländische Jugendliche?

109. Abgeordneter **Urbaniak** (SPD)

Wie hat sich die Zahl der Teilnehmer an Fortbildungs- und Umschulungsmaßnahmen in den letzten zwei Jahren entwickelt, und wie hoch ist hierbei der Anteil von Arbeitslosen und Frauen?

110. Abgeordneter **Dr. Friedmann** (CDU/CSU)

Ist der Bundesregierung bekannt, inwieweit Hausfrauen zur Zeit Kuraufenthalte genehmigt wurden, und welche Möglichkeiten sieht die Bundesregierung, Hausfrauen hinsichtlich der Gewährung von Kuren wie Arbeitnehmerinnen zu behandeln?

111. Abgeordneter **Gansel** (SPD)

Welche sofortigen Konsequenzen ergeben sich für die Verwendung der Ausgleichsabgabe nach dem Beschluß eines Gerichts, die entsprechenden Vorschriften des Schwerbehindertengesetzes dem Bundesverfassungsgericht vorzulegen?

Geschäftsbereich des Bundesministers der Verteidigung

112. Abgeordneter **Kroll-Schlüter** (CDU/CSU)

Ist die Bundesregierung der Auffassung, daß der Osten enorme Aufwendungen für die Rüstung macht, und wenn ja, welche Folgerungen zieht sie daraus?

113. Abgeordneter **Kroll-Schlüter** (CDU/CSU)

Wann gedenkt die Bundesregierung Tiefflüge, 100 Meter über dem Boden, zu verbieten, um so zu verhindern, daß die Bundesrepublik Deutschland als Tiefflugschneise benutzt wird?

114. Abgeordneter **Kroll-Schlüter** (CDU/CSU)

Ist der Bundesregierung bekannt, daß die Tiefflüge von Militärmaschinen der Nato im Luftraum über der Bundesrepublik Deutschland ein solches Ausmaß angenommen haben, daß schwere physische Schäden der betroffenen Bevölkerung zwangsläufige Folge sind, und sieht die Bundesregierung die Möglichkeit, unter Inanspruchnahme von Simulatoren die Zahl der Tiefflüge zu reduzieren?

115. Abgeordneter **Jungmann** (SPD)

Beabsichtigt die Bundesregierung, die militärische Ausbildung der Unteroffiziere zu ändern, und wenn ja, welche Vorstellungen hat sie dazu entwickelt, und wann ist mit einer Änderung der Ausbildung zu rechnen?

116. Abgeordneter **Jungmann** (SPD)

Wieviel Ausbildungsplätze in technischen Berufen stellt die Bundeswehr im Bereich der Bundeswehrverwaltung und der Streitkräfte zur Verfügung, wieviel dieser Ausbildungsplätze sind durch weibliche Auszubildende besetzt, und inwieweit ist das Bundesverteidigungsministerium gegebenenfalls bereit, bei der Vergabe von Ausbildungsplätzen in technischen Berufen weibliche Bewerber in Zukunft stärker als bisher zu berücksichtigen?

117. Abgeordneter **Müntefering** (SPD)

Trifft es zu, daß eine für die Lützow-Kaserne in Münster-Handorf für 1978 bis 1980 vorgesehene Grundrenovierung auf unbestimmte Zeit zurückgestellt ist und in dieser Kaserne auf absehbare Zeit nur dringendste Notreparaturen durchgeführt werden, so daß schwerwiegende hygienische Mängel im Küchenbereich vorerst nicht behoben werden, und wie wird diese Entscheidung gegebenenfalls begründet?

118. Abgeordneter **Voigt (Sonthofen)** (CDU/CSU)

Trifft es zu, daß General Bastian gegen das Uniformverbot bei politischen Veranstaltungen verstoßen hat, und hat er für die sicherheitspolitischen Interessen der Bundesrepublik Deutschland, besonders im Hinblick auf anstehende Abrüstungsgespräche, abträgliche Äußerungen getan, die das Gebot zur Zurückhaltung bei Äußerungen außerhalb des Dienstes verletzen?

119. Abgeordneter **Voigt (Sonthofen)** (CDU/CSU)

Hat der Generalinspekteur den General Bastian ermahnt, in Zukunft Zurückhaltung zu üben, und hat General Bastian sich daraufhin öffentlich mit entsprechendem Presseecho gerechtfertigt und damit den Tatbestand des Ungehorsams erfüllt?

120. Abgeordneter **Voigt (Sonthofen)** (CDU/CSU)

Hat General Bastian sich verunglimpfend über einen CDU-Abgeordnetern geäußert?

121. Abgeordneter **Voigt (Sonthofen)** (CDU/CSU)

Sieht die Bundesregierung unter den gegebenen Umständen einen Anlaß zur Einleitung eines Disziplinarverfahrens gegen General Bastian bzw. ist ein Disziplinarverfahren bereits eingeleitet?

122. Abgeordneter **Berger (Lahnstein)** (CDU/CSU)

Ist es zutreffend und möglich, daß dem Jäger-Bataillon 471 ohne einen begleitenden Organisationsbefehl sechs zusätzliche MILAN-Anlagen geliefert worden sind, obwohl dafür weder Fahrzeuge zur Verfügung stehen noch zugewiesen werden, ist es weiter zutreffend, daß dem gleichen Bataillon für acht ausgesonderte Kraftfahrzeuge bis Ende 1979 kein Ersatz zugewiesen werden kann, und welche Folgen hätte dies gegebenenfalls für die Einsatzbereitschaft?

Geschäftsbereich des Bundesministers für Jugend, Familie und Gesundheit

123. Abgeordneter **Dr. von Geldern** (CDU/CSU)

Ist der Bundesregierung bekannt, daß das unter der Bezeichnung „alkoholfreies Bier" auf den Flaschen in der Bundesrepublik Deutschland vertriebene Schweizer Erzeugnis „Birell" bei Tests zu Konzentrationschwierigkeiten, Müdigkeit und glasigen Augen bei den Testpersonen geführt hat und daß eine chemische Analyse erwiesen hat, daß dieses

Erzeugnis keineswegs alkoholfrei ist, und wird die Bundesregierung unter diesen Umständen die weitere Führung der Bezeichnung „alkoholfreies Bier“, die geeignet ist, in gefährlicher Weise Autofahrer irre zu führen, zulassen?

124. Abgeordneter **Wolfram (Recklinghausen)** (SPD)

Welche Erfahrungen sind nach dem Wissensstand der Bundesregierung bislang in der Bundesrepublik Deutschland mit der Organtransplantation gemacht worden, und welche Konsequenzen sind daraus zu ziehen?

125. Abgeordneter **Wolfram (Recklinghausen)**

Wann ist mit der Einführung eines für die Bundesrepublik Deutschland einheitlichen Ausweises für Organspender und -empfänger zu rechnen, und wie stehen dazu die Ärztevereinigungen?

126. Abgeordneter **Jäger (Wangen)** (CDU/CSU)

Hat sich der Staatssekretär im Bundesfamilienministerium, Dr. Wolters, dahin gehend geäußert, im Jahr 1979 sei mit ca 90 000 „legalen“ Schwangerschaftsabbrüchen zu rechnen, und wenn ja, wie bewertet die Bundesregierung die Äußerung, und was gedenkt sie zu tun, um einer solchen Abtreibungslawine entgegenzuwirken?

127. Abgeordneter **Hansen** (SPD)

Trifft es – wie die Presse meldet – zu, daß ein „pillenartiges Präparat“ im Handel ist, nach dessen Einnahme die Alkoholteströhrchen einen geringeren als den tatsächlichen Blutalkoholgehalt anzeigen sollen, und beabsichtigt die Bundesregierung, den Vertrieb solcher Präparate zu unterbinden?

128. Abgeordneter **Dr. Steger** (SPD)

Wie wertet die Bundesregierung die bei der Bekämpfung der Rauschgiftkriminalität und die bei der Beratungs- und Therapietätigkeit auf diesem Gebiet anfallenden Erfahrungen aus, und welches sind die hauptsächlichen Ergebnisse?

129. Abgeordneter **Dr. Steger** (SPD)

Welche Instrumente und gesetzlichen Vorschriften müssen nach Ansicht der Bundesregierung geändert werden, damit eine wirksamere Bekämpfung der Rauschgiftkriminalität und eine Absenkung der Zahl der Drogensüchtigen erreicht werden kann?

Geschäftsbereich des Bundesministers für Verkehr und für das Post- und Fernmeldewesen

130. Abgeordneter **Jung** (FDP)

Rechnet die Bundesregierung damit, daß die Ausklammerung der Lärmsanierung an vorhandenen Kommunalstraßen aus dem Verkehrslärmschutzgesetz zu einer uneinheitlichen, politisch nicht übersehbaren Rechtsprechung mit unterschiedlichen Grenzwerten, Maßnahmen und Förderungen führen wird?

131. Abgeordneter **Jung** (FDP)

Könnten mit der Aufstockung der Mittel aus dem Gemeindeverkehrsfinanzierungsgesetz um ca 1 Pfennig/l die Kosten für die Lärmsanierung an bestehenden Kommunalstraßen finanziert werden?

132. Abgeordneter **Jung** (FDP)

Wie hoch werden die Kosten geschätzt, wenn die Immissionsgrenzwerte hinsichtlich der Lärmsanierung zwischen 65 und 75 dB (A) festgelegt werden?

133. Abgeordneter **Jung** (FDP)

Welchen Zeitraum würde die Lärmsanierung unter den vorgenannten Bedingungen in Anspruch nehmen?

134. Abgeordneter **Dr. Wittmann (München)** (CDU/CSU)

Läßt sich Treibstoff dadurch einsparen, indem man für bestimmte Arten von Lastkraftwagen das zulässige Gesamtgewicht um 15 v. H. erhöht, und welche Konsequenzen ist die Bundesregierung gegebenenfalls bereit, daraus zu ziehen?

135. Abgeordneter **Sauer (Salzgitter)** (CDU/CSU)

Was gedenkt die Bundesregierung gegen die DDR zu unternehmen, falls es zutrifft, daß – wie die Salzgitter-Zeitung vom 25. August 1979 meldet – ein Volkswagen vom Typ 411 mit dem amtlichen Kennzeichen BS – ET 411, der 1975 anläßlich eines Fluchtunternehmens beschlagnahmt worden ist, für die unverdächtige Überwachung der Transitstrecken benutzt und dabei noch vor kurzem mit dem in der Bundesrepublik Deutschland für drei Jahre gesperrten Nummernschild gesehen worden ist?

136. Abgeordneter **Dr. Lenz (Bergstraße)** (CDU/CSU)

Wird die Bundesregierung in ihre Überlegungen für Maßnahmen zur Benzineinsparung auch die Untersuchung der automobiltechnischen Abteilung des Berner kantonalen Technikums in Biel, nach der an stark befahrenen Straßenkreuzungen in Städten durch Abschaltung der automatischen Ampelanlagen bis zu 31 v. H. Treibstoff gespart werden können, mit einbeziehen?

137. Abgeordneter **Dr. Lenz (Bergstraße)** (CDU/CSU)

Gedenkt die Bundesregierung, den Ländern, Städten und Gemeinden gegebenenfalls eine dieser Untersuchung entsprechende Empfehlung zu geben?

138. Abgeordneter **Conradi** (SPD)

Teilt die Bundesregierung die Auffassung von Denkmalpflegern, daß der auf die Höchstgeschwindigkeit von 50 km/h bemessene Ausbau von Ortsdurchfahrten und die Verbreiterung dieser Ortsdurchfahrten um seitliche Gehwege zu einer Zerstörung vieler noch intakter dörflicher Siedlungen und ländlicher Ortsbilder führen wird, und wenn ja, ist die Bundesregierung bereit, der weiteren Zerstörung dörflicher Siedlungen durch Straßenbaumaßnahmen entgegenzutreten, indem sie für Ortsdurchfahrten ohne seitliche Gehwege eine Geschwindigkeitsbegrenzung von 30 km/h vorschreibt und die Ausbaustandards dieser Ortsdurchfahrten herabsetzt?

139. Abgeordneter **Dr. Jobst** (CDU/CSU)

Hält es die Bundesregierung für notwendig, daß zur Beseitigung der Verkehrsschwierigkeiten im Nord-Süd-Schienenverkehr ein neuer Brennertunnel gebaut wird, und welche Schritte wurden dazu von deutscher Seite unternommen?

140. Abgeordneter **Dr. Fuchs** (CDU/CSU)

Ist der Bundesregierung bekannt, daß in Nummer 8/1979 der von der Deutschen Bundesbahn herausgegebenen Zeitschrift „Die Bundesbahn, Zeitschrift für aktuelle Verkehrsfragen" eine bildliche Darstellung des „Netzes vorhandener Strecken" im Widerspruch zum tatsächlichen Stand keine einzige Nebenstrecke des Bayerischen Walds enthält und damit den Verdacht hervorruft, daß die Streckenstillegungspläne der Bundesregierung für dieses

Gebiet bereits als Realität vorweggenommen werden, und ist die Bundesregierung bereit, die Deutsche Bundesbahn zu veranlassen, diese Darstellung zu korrigieren?

141. Abgeordneter **Dr. Fuchs** (CDU/CSU)

Hält die Bundesregierung angesichts der Tatsache, daß z. Z. für den Schienennahverkehr jährlich 2,6 Milliarden DM an Ausgleichszahlungen zu erbringen sind, während die Ausgleichszahlungen für die Erhaltung von Bahnstrecken nur 1,3 Millionen DM betragen, an den Streckenstillegungsplänen im Zonenrandgebiet fest, und wenn ja, wie rechtfertigt sie dies bei diesem finanziellen Ungleichgewicht?

142. Abgeordneter **Pieroth** (CDU/CSU)

Inwieweit wird der geplante Ausbau der B 41 zwischen Bingen und Birkenfeld von den Anfang August bekannt gewordenen Kürzungsplänen von Bund und Ländern berührt?

143. Abgeordneter **Pieroth** (CDU/CSU)

Inwieweit trifft gleiches für den geplanten Neubau der BAB 60 im Bereich des Landkreises Bad Kreuznach zu?

144. Abgeordneter **Dr. Schwörer** (CDU/CSU)

Kann die Bundesregierung Auskunft darüber geben, was aus ihrer Ankündigung geworden ist, in den europäischen Gremien in der Frage der Gebühren für Straßenbenutzung auf europäischen Fernstraßen zu einer gemeinsamen europäischen Regelung zu kommen, und wäre es nicht angesichts von Pressemeldungen – die von einer bevorstehenden Einführung von Autobahngebühren in Belgien sprechen – angebracht, im Europäischen Ministerrat wenigstens ein Stillhalten der EG-Partner in dieser Frage zu erreichen, um nicht eine endgültige und gemeinsame Lösung weiter zu erschweren?

145. Abgeordneter **Dr. Zumpfort** (FDP)

Sind der Bundesregierung die Probleme bekannt, die im deutsch-dänischen Grenzgebiet auf Grund der Übernahme der Fährverbindung zwischen Havneby, Insel Römö (Dänemark), und List, Insel Sylt (Deutschland), von der Dänischen Lindinger-Reederei durch die Flensburger Förde-Reederei im Mai 1979 entstanden sind, wie beurteilt sie diese, und welche Möglichkeiten sieht sie, um im Kontakt mit dänischen Behörden die seitdem bestehenden Beeinträchtigungen des Fährbetriebs zu beenden?

146. Abgeordneter **Dr. Zumpfort** (FDP)

Wie beurteilt die Bundesregierung den Vorfall im Hafen von Söby, Insel Aerö, am 24. Juni 1979, bei dem das deutsche Motorschiff „Seemöwe II" der Flensburger Förde-Reederei von dänischen Seeleuten geentert, die deutsche Bundesflagge niedergeholt und eine „Piratenflagge" gesetzt wurde?

147. Abgeordneter **Kretkowski** (SPD)

Sind der Bundesregierung die Bemühungen der Gewerkschaft ötv um Verbesserung der Lage der Arbeitnehmer im privaten Güterverkehr (z. B. Speditionen, Autofernlasttransport, Busunternehmen) bekannt, und welche Überlegungen hat sie selber im Hinblick auf eine Änderung dieser Lage?

148. Abgeordneter **Kretkowski** (SPD)

Wird die Bundesregierung diese Lage (z. B. Regelarbeitszeiten von 70 bis 80 Stunden in der Woche, keine ordentliche Überstundenregelung, schlechte Bezahlung) bei der Erteilung von Güterfernverkehrsgenehmigungen berücksichtigen?

149. Abgeordneter **Seefeld** (SPD)

Ist der Bundesregierung bekannt, daß entlang der französischen Autobahn in Richtung Spanien Rastplätze mit besonderen Zonen für Wohnwagen eingerichtet wurden, und beabsichtigt sie, auch an deutschen Bundesautobahnen solche Rastplätze zur Verhinderung, daß zu lange Strecken ohne Schlaf an einem Stück gefahren werden, zu errichten?

150. Abgeordneter **Schlaga** (SPD)

Zieht die Bundesregierung im Zusammenhang mit Energiesparmaßnahmen in Erwägung, den Gemeinden finanzielle Mittel für den Ausbau sogenannter Park-and-Ride-Plätze über die bisherige Bezuschussung nach dem Gemeindeverkehrsfinanzierungsgesetz hinaus zur Verfügung zu stellen, und gegebenenfalls wann und in welcher Höhe?

151. Abgeordneter **Schlaga** (SPD)

Sieht die Bundesregierung Möglichkeiten, bei der Erstellung sogenannter Park-and-Ride-Plätze die Deutsche Bundesbahn stärker als bisher bei der Planung, Beschaffung von Gelände und gegebenenfalls auch bei der Finanzierung selbstverantwortlich tätig werden zu lassen, und wenn ja, welche?

152. Abgeordneter **Dr. Friedmann** (CDU/CSU)

Ist die Bundesregierung bereit, auf die äußerst schleppenden Umbauarbeiten am Bahnhofsgebäude Baden-Baden, die auch die Anschlußplanungen der Stadt Baden-Baden beeinträchtigen, im Sinne einer wesentlichen Beschleunigung Einfluß zu nehmen?

153. Abgeordneter **Dr. Friedmann** (CDU/CSU)

Welchen Stand haben die Planungen der Bundesbahn-Schnelltrasse Mannheim-Basel erreicht, und wann soll die Trasse gegebenenfalls gebaut werden?

154. Abgeordneter **Lenzer** (CDU/CSU)

Ist die Bundesregierung der Auffassung, die auch vom Parlamentarischen Staatssekretär Mahne anläßlich seines Besuchs in Dillenburg am 30. August 1979 bekräftigt wurde, daß bei dem Bau der neuen Ortsdurchfahrt Dillenburg (Teilüberbauung der Dill) der B 277 die dem gegenwärtigen Planfeststellungsverfahren zugrundeliegende technische Lösung nicht mehr als realisierbar anzusehen sei?

155. Abgeordneter **Lenzer** (CDU/CSU)

Wann und wie wird sie die entsprechenden Kontakte mit den zuständigen Behörden herstellen, um alternative Lösungen auf der Grundlage aktuellen Datenmaterials bald der Öffentlichkeit vorzustellen, so daß das dringend notwendige Projekt umgehend verwirklicht werden kann?

156. Abgeordneter **Wüster** (SPD)

Ist die Bundesregierung bereit, beim Bau von Bundesstraßen prüfen zu lassen, ob Radfahrwege vorgesehen werden können?

157. Abgeordneter **Wüster** (SPD)

Ist die Bundesregierung bereit, im Rahmen der Energieeinsparung, der Gesunderhaltung der Bürger und des aktiven Umweltschutzes Radwege zu fördern?

158. Abgeordneter **Wüster** (SPD)

Wird die Bundesregierung das Gemeindeverkehrsfinanzierungsgesetz so ändern, daß Radfahrwege unabhängig vom Straßenneubau gefördert werden?

159. Abgeordneter **Gerstein** (CDU/CSU)

Ist die Bundesregierung bereit, auch die vom Deutschen Kinderschutzbund geplante Einrichtung eines Sorgentelefons für Kinder vom Zeittakt auszunehmen?

160. Abgeordneter **Spranger** (CDU/CSU)

Teilt der Bundesverkehrsminister die Auffassung, daß bei der künftigen Festlegung des Nahbereichs des Fernsprechortsnetzes Feuchtwangen (Mittelfranken) angesichts der verwaltungsmäßigen und geschäftlichen Beziehungen zur Regierungshauptstadt von Mittelfranken, Ansbach, auch deren Ortsnetz noch im Nahbereich von Feuchtwangen erreicht werden sollte, und ist der Bundesverkehrsminister bereit, dafür Sorge zu tragen, daß aus diesen Gründen die 20 Kilometer-Grenze bei der Einteilung des Nahbereichs für das Fernsprechortsnetz Feuchtwangen auf 30 Kilometer ausgedehnt wird?

161. Abgeordneter **Dr. Friedmann** (CDU/CSU)

Gibt es Fernämter, in deren Bereich mehrere Hundert Antragsteller schon mehr als 20 Monate auf ihren Fernsprechanschluß warten, und wie ist gegebenenfalls damit die öffentliche Aussage von Bundespostminister Gscheidle zu vereinbaren, die längste Wartezeit für die Einrichtung von Fernsprechanschlüssen betrage neun Monate?

162. Abgeordneter **Würtz** (SPD)

Welche Kosten werden voraussichtlich dem Bundespostministerium entstehen, wenn der Neubau für die Verwaltung der Postverwaltung Soltau-Fallingbostel in Soltau entsteht, und welche Kosten würden für diesen Bau in Walsrode auftreten?

Geschäftsbereich des Bundesministers für Raumordnung, Bauwesen und Städtebau

163. Abgeordneter **Milz** (CDU/CSU)

Für welche Maßnahmen sind in den einzelnen Städten und Gemeinden des Kreises Euskirchen Mittel aus dem Zukunftsinvestitionsprogramm des Bundes im Jahr 1978 geflossen?

164. Abgeordneter **Milz** (CDU/CSU)

Welche Maßnahmen aus dem Zukunftsinvestitionsprogramm des Bundes sollen im einzelnen in den jeweiligen Städten und Gemeinden des Kreises Euskirchen in 1979 gefördert und finanziell unterstützt werden?

165. Abgeordneter **Dr. Möller** (CDU/CSU)

Welche Erfahrungen liegen der Bundesregierung darüber vor, inwieweit sich das Problem der sogenannten Gemengelagen, d. h. dem engen Nebeneinander von gewerblichen Anlagen und Wohnbebauungen, auch im Verhältnis landwirtschaftlicher Betriebe zur Wohnbebauung stellt, und ist die Bundesregierung bereit, die Frage der Sicherung und Verstärkung des Bestandschutzes landwirtschaftlicher Betriebe in die vom Deutschen Bundestag mit Entschließungsantrag vom 16. Mai 1979 (Drucksache 8/2885) erbetene Überprüfung der Gemengeproblematik einzubeziehen sowie gegebenenfalls auch bereits insoweit gesetzliche Lösungsvorschläge vorzulegen?

166. Abgeordneter **Dr. Möller** (CDU/CSU)

Ist die Bundesregierung bereit, in die von ihr zur Unterstützung ihrer diesbezüglichen Arbeiten gebildete Sachverständigenkommission auch mit den Problemen vertraute Personen aus dem Bereich der Landwirtschaft zu berufen?

167. Abgeordneter **Dr. Unland** (CDU/CSU)

Wie hoch veranschlagt die Bundesregierung in Ergänzung ihrer Antwort auf die Kleine Anfrage Wohnungspolitik als Eigentumspolitik (Drucksache 8/3089) den Beitrag der sogenannten Mietkaufmodelle zur Förderung des Wohneigentums in den letzten Jahren?

168. Abgeordneter **Dr. Unland** (CDU/CSU)

Haben sich die Mietkaufmodelle im Verlauf des struktur- und konjunkturbedingten Einbruchs der Wohnungsbautätigkeit nach 1972 als ein stabilisierender Faktor erwiesen, und wie hoch beziffert die Bundesregierung die hierdurch initiierten Bauinvestitionen und deren Multiplikatoreffekt?

169. Abgeordneter **Dr. Unland** (CDU/CSU)

Hält die Bundesregierung die sogenannten Mietkaufmodelle für geeignete Instrumente, jungen Familien ohne ausreichendes Eigenkapital den Erwerb von Wohneigentum kurz- bzw. mittelfristig und unter Vermeidung ansonsten zwangsläufiger Baupreissteigerungen zu ermöglichen?

170. Abgeordneter **Dr. Unland** (CDU/CSU)

Wie beurteilt die Bundesregierung grundsätzlich und im Vergleich zu anderen Formen der Investitionsförderung (Energie, Umweltschutz, Zonenrand, Berlin usw.) bzw. Konjungturankurbelung das steuerrechtliche Konzept der sogenannten Mietkaufmodelle, und beabsichtigt sie, aufgetretene steuerrechtliche Zweifelsfragen abzuklären?

171. Abgeordneter **Rapp** (SPD)

In welchem organisatorischen Rahmen und – gegebenenfalls – nach welchen Kriterien und Richtlinien werden innerhalb der Bundesregierung die Raumordnungs-, Landschafts- und Umweltschutzpolitik koordiniert?

172. Abgeordneter **Rapp** (SPD)

Welche konkreten Ergebnisse hat – gegebenenfalls – die gegenseitige Abstimmung dieser Politiken bisher gezeitigt?

173. Abgeordneter **Immer (Altenkirchen)** (SPD)

Inwieweit ist die Bundesregierung in der Lage und bereit, darauf hinzuwirken, daß im Rahmen des Raumordnungsverfahrens für die Erstellung des geplanten Kohlekraftwerks Weitefeld im Kreis Altenkirchen die Folgewirkungen auf die bisherige Siedlungs- und Erwerbsstruktur berücksichtigt werden und entsprechende Programme zur Lösung von Umstellungsproblemen entwickelt werden?

Geschäftsbereich des Bundesministers für innerdeutsche Beziehungen

174. Abgeordneter **Dr. Wittmann (München)** (CDU/CSU)

Hat die Bundesregierung Anhaltspunkte dafür gewonnen, daß die „DDR“ Deutsche wegen angeblicher Spionage deshalb mit hohen Strafen belegt, um sie später gegen verurteilte Spione in der Bundesrepublik Deutschland austauschen zu können?

175. Abgeordneter **Sauer (Salzgitter)** (CDU/CSU)

Sind der Bundesregierung Fälle bekannt, in denen die Kirchen in der DDR Personen die Übernahme in ein Dienstverhältnis verweigern mußten, weil sie einen Antrag auf Ausreise in die Bundesrepublik Deutschland gestellt hatten?

176. Abgdordneter **Sauer (Salzgitter)** (CDU/CSU)

Hat die Bundesregierung im Rahmen ihrer Schutzpflicht gegenüber den betroffenen Bürgern bei der DDR interveniert bzw. mit ihr darüber verhandelt, daß in den letzten Jahren zunehmend Vermögenssanktionen gegen Personen verhängt werden, die entweder schon immer im Bundesgebiet lebten oder aber die DDR spätestens bis 10. Juni 1953 aus der Sicht der DDR „legal" verlassen hatten und – dies gilt für beide Personengruppen – damals schon Grundbesitz in der DDR besaßen?

177. Abgeordneter **Kittelmann** (CDU/CSU)

Sieht die Bundesregierung Möglichkeiten, bei der DDR darauf hinzuwirken, die teilweise mehr als verdoppelte Erhöhung der Gebühren für Leistungen im Veterinärwesen für Tiertransporte von und durch die DDR abzuschaffen oder erheblich zu reduzieren?

178. Abgeordneter **Kittelmann** (CDU/CSU)

Wann ist die Bundesregierung von der beabsichtigten Regelung der drastischen Erhöhung durch wen informiert worden, und wie hat sie reagiert?

179. Abgeordneter **Jäger (Wangen)** (CDU/CSU)

Welches ist der derzeitige Stand der innerdeutschen Gespräche über den Abschluß der im Grundlagenvertrag vorgesehenen Vereinbarung zwischen der Bundesregierung und der DDR-Regierung über die Erweiterung des gegenseitigen Bezugs von Büchern und Zeitschriften, und bis wann rechnet die Bundesregierung mit deren Zustandekommen?

180. Abgeordneter **Jäger (Wangen)** (CDU/CSU)

Welches ist der gegenwärtige Stand der innerdeutschen Gespräche über den Abschluß der im Grundlagenvertrag vorgesehenen Regierungsabkommen zwischen der Bundesregierung und der DDR-Regierung über die Entwicklung der kulturellen Zusammenarbeit, und bis wann rechnet die Bundesregierung mit dem Zustandekommen dieser Abkommen?

181. Abgeordneter **Jäger (Wangen)** (CDU/CSU)

Sind die jüngsten Verschärfungen der DDR-Strafgesetze nach Auffassung der Bundesregierung mit den Absichtserklärungen der KSZE-Schlußakte von Helsinki in Einklang zu bringen, und was hat die Bundesregierung verneinendenfalls unternommen, um die DDR zur Zurücknahme dieser gesetzgeberischen Maßnahme zu veranlassen, bzw. was wird sie zu diesem Zweck veranlassen?

Geschäftsbereich des Bundesministers für Forschung und Technologie

182. Abgeordneter **Engelsberger** (CDU/CSU)

Muß die vom Bundesforschungsminister Dr. Hauff auf der UNO-Wissenschafts- und Technologiekonferenz in Wien abgegebene Erklärung hinsichtlich eines technologischen Transfers in die Entwicklungsländer dahin gehend verstanden werden, daß die Bundesrepublik Deutschland ihr know-how praktisch unentgeltlich zur Verfügung stellen soll, und wie wäre gegebenenfalls eine solche Absicht mit

dem früher einmal von Bundeskanzler Schmidt vertretenen Standpunkt in Übereinstimmung zu bringen, daß die Bundesrepublik Deutschland in einer angemessenen Zukunft hauptsächlich „Blau-Pausen" exportieren werde, um damit ihre Importe finanzieren zu können?

183. Abgeordneter **Engelsberger** (CDU/CSU)

Glaubt die Bundesregierung, daß Entwicklungsländer ohne eine eigene wissenschaftlich-technologische Binnenstruktur überhaupt in der Lage sind, die Patente der Bundesrepublik Deutschland zu verwerten, und besteht nicht andererseits die Gefahr, daß sogenannte reiche Schwellenländer dieses know-how praktisch unentgeltlich übernehmen, damit erhebliche Entwicklungskosten sparen und mit den langjährigen deutschen Forschungsergebnissen unsere Konkurrenten auf dem Weltmarkt werden?

184. Abgeordneter **Dr. Hennig** (CDU/CSU)

Bedeutet die Passage im Forschungsbericht „Schichtarbeit in der Bundesrepublik Deutschland", Seite 93, „. . . In älteren Studien oder in ausländischen Studien, etwa aus der DDR, kann man vermuten, daß . . .", daß sich die Politik der Bundesregierung in einem zentralen Punkt, nämlich in der bisher eingenommenen Haltung, die DDR könne für uns kein Ausland sein, absichtlich oder versehentlich geändert hat, und ist in einer so zentralen Frage ein Versehen überhaupt möglich?

185. Abgeordneter **Kuhlwein** (SPD)

Trifft es zu, daß sich die Bundesregierung mit einem Zuschuß von 80 Millionen DM an den Kosten für die Demontage des stillgelegten Kernkraftwerks Niederaltaich beteiligen will, wie die Presse berichtet?

186. Abgeordneter **Kuhlwein** (SPD)

Worin sieht die Bundesregierung gegebenenfalls den „Modellfall" beim Abbruch dieses Kernkraftwerks?

187. Abgeordneter **Biechele** (CDU/CSU)

Ist der Bundesregierung bekannt, welche Projekte zur Gewinnung von Energie aus Hausmüll, Industrie-, Gewerbe- und landwirtschaftlichen Abfällen geplant und schon in Betrieb gegangen sind, und wie beurteilt sie solche Projekte?

188. Abgeordneter **Biechele** (CDU/CSU)

Werden solche Projekte als Pilotanlagen von der Bundesregierung gefördert, und gegebenenfalls in welchem Umfang und mit welchen Zielsetzungen?

189. Abgeordneter **Ueberhorst** (SPD)

Trifft es zu, daß die Bundesregierung es im Hinblick auf das von ihr geplante Informationsgespräch zur Entsorgungspolitik abgelehnt hat, die Eignung der Standortfindung für ein Endlager als Thema zuzulassen und sich auch weigert, die Ergebnisse der bisher von der Physikalisch-Technischen Bundesanstalt (PTB) durchgeführten hydrologischen Bohrungen sowie die der von der DWK durchgeführten Flachbohrungen den eingeladenen Kritikern wenigstens eine Woche vor Gesprächsbeginn zur Verfügung zu stellen, wie aus einem Bericht der Elbe-Jeetzel-Zeitung vom 23. August 1979 hervorgeht?

190. Abgeordneter **Ueberhorst** (SPD)

Gibt es gegebenenfalls nach Ansicht der Bundesregierung Gründe, empirische Ergebnisse der Prüfprogramme in Gorleben interessierten Bürgern und Wissenschaftlern vorzuenthalten?

Geschäftsbereich des Bundesministers für Bildung und Wissenschaft

191. Abgeordneter **Schmitz (Baesweiler)** (CDU/CSU)

Sind Zahlungen aus den Rahmenplänen für den Hochschulbau für den Neubau des Klinikums Aachen nach den erforderlichen Prüfungen auf Grund des Prüfungsvorbehalts erfolgt, treffen Meldungen zu, die Kostenmeldungen des Landes Nordrhein-Westfalen seien ohne Bedarfsüberprüfung übernommen worden?

192. Abgeordneter **Schmitz (Baesweiler)** (CDU/CSU)

Haben die Prüfungen der Kostensteigerungen als Ursache die Änderung der Baupreise ergeben oder sind dafür auch Planungsänderungen ursächlich, und wenn ja, in welchem Umfang?

193. Abgeordneter **Schmitz (Baesweiler)** (CDU/CSU)

Welche Konsequenzen hat die Bundesregierung auf Grund der schon 1976 zu diesem Thema erschienenen Presseartikel und meiner Anfrage Nr. 248 (Drucksache 8/33) gezogen, und hat sie seitdem trotz noch nicht abgeschlossener Prüfungen Zahlungen in welcher Höhe geleistet?

194. Abgeordneter **Schmitz (Baesweiler)**

Haben den Prüfungsunterlagen auch alle baurechtlich vorgeschriebenen Planungsunterlagen beigelegen, und wird die Bundesregierung verneinendenfalls Ersatzansprüche an das Land Nordrhein-Westfalen oder die Neue Heimat Städtebau stellen?

195. Abgeordneter **Stutzer** (CDU/CSU)

Ab wann und auf welchen Personenkreis will der Bundesminister für Bildung und Wissenschaft den gesetzlichen Anspruch auf Bildungsurlaub ausdehnen, wie er es am 27. August 1979 im Bildungszentrum der IG-Metall in Sprockhövel angekündigt hat?

196. Abgeordneter **Stutzer** (CDU/CSU)

Hat der Bundesminister für Bildung und Wissenschaft schon nähere Vorstellungen, wie dieser Bildungsurlaub gestaltet werden soll (z. B. über den Zeitraum und die Finanzierung), und wenn ja, wie sehen diese Vorstellungen aus?

197. Abgeordneter **Dr. Steger** (SPD)

Welche Bemühungen hat die Bundesregierung bisher unternommen, um eine bundeseinheitliche Nachdiplomierung der bisherigen graduierten Ingenieure sicherzustellen, und zu welchen Ergebnissen ist es dabei gekommen?

Bonn, den 7. September 1979